

1. AUG. 1963

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P. XVIII, 144

Bonn, den 1. August 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 1a

Beachtenswerte Eingeständnisse

74

Herr von Hase plauderte über "Informationen"
und deren Finanzierung

2 - 3

"Das Land des Jabelns" ?

94

Bürgermeister Heinrich Albertz antwortet Sebastian Haffner

4 - 5

AFRIKANISCHES TAGEBUCH (III)

57

Gute Beziehungen zu Guinea
Von Hans-Jürgen Wischnowski, M&B

6

Vor Änderungen in Norwegens Regierung ?

51

Es geht um die Wirtschaftspolitik
Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rasten

Chefredakteur Günter Markscheffel

Beachtenswerte Eingeständnisse

Herr von Hase plauderte über "Informationen"

sp - Der Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Staatssekretär Karl Günther von Hase, hat in einem Interview mit der "Welt der Arbeit" den Verdacht parteipolitischer Einseitigkeit seines Amtes weit von sich gewiesen. Wo immer sein Amt den eigentlichen Aufgabenbereich verläßt, Mittler zwischen Öffentlichkeit und Regierung zu sein, sind die bösen Journalisten schuld, Verküret das Amt z.B. eine Rede der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie, so haben natürlich Journalisten darum gebeten. Es müssen etwas weltfremde Journalisten gewesen sein, die sich nicht direkt an das Büro der Wirtschaftsvereinigung hielten, sondern den zeitraubenden Umweg über Herrn von Hases Amt nahmen. Erstannlicherweise haben ihn bisher nie Journalisten um eine Rede eines Gewerkschaftsvorsitzenden gebeten. Welch ein Zufall!

• Obwohl Herr von Hase anstrebt, die Hauptinformationen auf seinen Pressekonferenzen zu geben, hält er Informationsgespräche in kleinen Kreise ab, die er jedoch genau abgrenzt. Es geht dabei nämlich ausschließlich um die Motive der Bundesregierung bei der Behandlung innenpolitischer Themen. Von diesen Motiven bei innenpolitischen Themen dürfen oppositionell eingestellte Journalisten nichts erfahren, weil sie daraus Kapital schlagen könnten. Nun, Kapital kann man nur aus schlechten Motiven schlagen. Vielen Dank für dieses Eingeständnis!

Und vielen Dank auch für die späte Rehabilitierung des früheren SPD-Abgeordneten Heinz Kühn. Vor einigen Jahren hatte Kühn einen Entrüstungsturm auszuhalten, als er behauptete, einige Journalisten erhielten vom Bundespresseamt Zuwendungen für sogenannte Situationsanalysen. Heute antwortet Herr von Hase auf die Frage nach dem Fonds für "bestimmte Journalisten, die regierungstreue Sachen schreiben" (Welt der Arbeit) mit der klaren Auskunft:

- * "Es gibt ein paar Verträge mit Journalisten über
- * laufende Berichterstattung ..."

Also nicht nur Zuwendungen von Fall zu Fall, sondern sogar laufende Verträge gibt es!

Gleich darauf verwickelt sich Herr von Hase in einen Widerspruch. Die Berichterstattung erfolge auch - also nicht nur - für das BULLETIN und andere Informationsdienste. An anderer Stelle hebt er die besonders strenge Kontrolle durch den Präsidenten des Bundesrechnungshofes hervor.

Da kann etwas nicht stimmen! Denn die Kosten für das BULLETIN sind im Haushalt besonders veranschlagt und nach der Haushaltsordnung dürfen Mittel aus einem Titel nicht für Zwecke verwandt werden, die an anderer Stelle im Haushalt ausgewiesen sind. Wäre also die Kontrolle durch den Bundesrechnungshof so streng, wie Herr von Hase glauben machen will, so müßten jene Verträge über laufende Berichterstattung beanstandet und mittlerweile gelöst worden sein. Da sie aber offensichtlich noch weiter bestehen, dürfte sich die Prüfung, wie es übrigens auch den Sonderbestimmungen der Haushaltsordnung für Geheimfonds entspricht, im Gegensatz zu den Behauptungen des Herrn von Hase auf die ordnungsmäßige Verbuchung der Beträge beschränkt haben.

Nicht nur aus diesem Grunde wäre eine sorgfältigere Kontrolle vorzuziehen. Die SPD schlägt alljährlich v e r g e b l i c h vor, den Reptilienfonds durch eine kleine, zur Vertraulichkeit verpflichtete Parlamentskommission prüfen zu lassen, wie es etwa auch mit dem Haushalt des Bundesnachrichtendienstes geschieht. Aber es würde, so Herr von Hase, "sein Wert und seine Wirkungsmöglichkeiten entscheidend herabgesetzt werden, wenn nicht volle Vertraulichkeit gewährleistet würde".

Da Herr von Hase die Vertraulichkeit beispielweise des BND-Parlamentarierkollegiums wohl nicht in Zweifel ziehen kann, muß man zwangsläufig annehmen, daß sich der Begriff der "vollen Vertraulichkeit" auf die unerwünschte Kenntnisaufnahme eines SPD-Abgeordneten bezieht. "Wert und Wirkungsmöglichkeit" dieses Fonds ergeben sich also nicht aus der unbestreitbaren Notwendigkeit, Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung ganz allgemein einzusetzen, sondern aus der Absicht, von Staats wegen eine parteipolitisch einseitige "Wirkungsmöglichkeit" zu haben, von der die andere Partei nichts wissen darf. Es geht also nicht darum, Publikationsorgane zu fördern, wie es die Zweckbestimmung im Haushaltsplan vorsieht, sondern Publikationsorgane parteipolitisch einseitig zu beeinflussen.

A allein diese Blütenlese aus dem Interview zeigt, wie notwendig es ist, hinter die Kulissen des Bundespresseamtes zu leuchten. Das wird auch geschehen !

"Das Land des Jubelns" ?

Bürgermeister Heinrich Albertz antwortet Sebastian Haffner

In Nummer 29 des STERN hatte der Journalist Sebastian Haffner der Meinung ausgedrückt gegeben, Deutschland sei "Das Land des Jubelns". Der Stellvertreter Willy Brandts, Bürgermeister Heinrich Albertz, hat in Nummer 31 des STERN Herrn Haffner geantwortet. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung und auch wegen der Diskussion, die der Haffner-Artikel in Deutschland und im Ausland ausgelöst hatte, veröffentlichen wir nachstehend die Antwort von Heinrich Albertz. - Die Redaktion

* * *

Um ein guter Berliner zu sein, war es in der Vergangenheit nicht notwendig, daß man in dieser Stadt das Licht der Welt erblickte. Das gilt für Friedrich Ebert ebenso wie für Ernst Reuter, für Carl von Ossietzky ebenso wie für Mildred Harnack, und daran wird sich auch in Zukunft nichts ändern. Daß diese Namen, stellvertretend für hunderte, ja, für tausende andere genannt, für sich sprechen, bedarf gewiß nicht der besonderen Betonung. Was wäre übrigens Deutschland ohne solche Männer und Frauen?

Sebastian Haffner hat mir eines voraus: Er ist - wie er betonte - "wirklich ein Berliner" und darüber offenbar sehr glücklich. Ich bin "nur" ein Breslauer, aber sicherlich - bei aller Bescheidenheit - kein schlechterer Berliner als er. Als "Wahlberliner" hatte ich bisher keinerlei Grund, mich für diese Stadt und wegen ihrer Einwohner zu schämen. Ich hätte ihn auch nicht, wenn ich "Urberliner" wäre. Im Gegenteil: Ich bin und bleibe stolz auf meine Berliner Mitbürger, gerade auch, weil ich den 26. Juni 1963 mit ihnen zusammen erleben konnte.

Der politisierende Schriftsteller Sebastian Haffner hat jedoch etwas gegen das "Land des Jubelns", und nicht etwa seit dem 26. Juni 1963. Das ist eigentlich seine Privatangelegenheit. Sie bleibt es jedoch nur solange, als Sebastian Haffner sich nicht mit dem Anspruch in die Öffentlichkeit flüchtete, der Mentor "der Deutschen" oder "der Berliner" zu sein. Aber genau das hat er getan. Und genau deswegen trete ich ihm entgegen, nicht etwa nur als Bürgermeister von Berlin, sondern als schlichter Berliner Bürger, der gleichzeitig Deutscher ist.

Schriftsteller von Format sind das mahnende Gewissen ihrer Nation. Sie bleiben es auch dann, wenn sie die "ungeratenen" Söhne ihres Volkes sein sollten.

Thomas Mann, der sich nie in seinem Leben scheute, auf seinem Recht zum Irrtum zu bestehen, rief als "unpolitischer" Schriftsteller, wie er sich selbst gern bezeichnete, seinem Volk einmal mahnend zu, daß bloßer "Antikommunismus" kein Argument der Politik sei. Der "unpolitische" Schriftsteller Thomas Mann hatte, wie wir alle wissen, nur allzu recht. Sebastian Haffner muß gesagt werden, daß Antiamerikanismus das schlechteste Argument unserer Zeit ist - wer jedoch wollte behaupten, daß Sebastian Haffner ein politischer Schriftsteller ist?

Sebastian Haffner meint, daß "die Deutschen" und "die Berliner" - was soll das eigentlich heißen: "die" Deutschen und "die" Berliner? - fast immer im falschesten Moment jubeln. Und er meint, wer jubelt,

denke nicht. Um das zu beweisen, kramt er in seinen allerfrühesten Kindheitserinnerungen herum - nicht immer ganz zu Unrecht.

Daß "die Berliner" zum Beispiel in den furchtbaren Septembertagen des Jahres 1939 jedoch nicht gejubelt haben, vergaß er beim Krauchen in der Eile, oder er weiß es nicht, was in diesem Fall keine Entschuldigung ist. Als in jenen Tagen die jungen Berliner in ihrer überwältigenden Mehrheit gegen ihren Willen in den Krieg ziehen mußten, jubelten sie jedenfalls nicht; an den Rändern der Straßen standen vielmehr zu Tausenden die Bürger dieser Stadt und zogen vor diesen jungen Menschen schweigend den Hut, obwohl schwerbewaffnete SS die "Eingezogenen" zu den Bahnhöfen brachte. Niemand der dabei gewesen ist, wird jenes Schweigen je vergessen.

Und niemand wird die große Kundgebung bei Beginn der Blockade vergessen, als Ernst Reuter auf dem Platz der Republik vor schweigenden, hunderttausenden Berlinern den Völkern der Welt zurief: "Erkennt, daß ihr diese Stadt und dieses Volk nicht preisgeben dürft, nicht preisgeben könnt! Wir haben unsere Pflicht getan, und wir werden unsere Pflicht weiter tun, Völker der Erde, tut auch ihre eure Pflicht!"

Das Volk von Berlin tat auch an jenem Abend seine Pflicht, als es vor dem Rathaus Schöneberg stand, um des Aufstandes in Ungarn zu gedenken. Es reagierte damals auf den Millimeter genau ...

Das gleiche gilt für die Kundgebung am 16. August 1961, als der Krieg in Berlin auf den Straßen lag. Die Hunderttausende gingen damals nach der Rede Willy Brandts schweigend nach Hause.

Die gleichen Hunderttausende schwiegen - und ich weiß, was ich sage - ehrfurchtsvoll am 26. Juni dieses Jahres, als sich Präsident John F. Kennedy unter dem Läuten der Freiheitsglocke in das Goldene Buch unserer Stadt eintrug.

Der Sinn solchen Schweigens ist Sebastian Haffner, obwohl eigentlich intelligent, bisher jedoch nicht aufgegangen, auch der wahre Sinn nicht; mit dem die Einwohner der deutschen Hauptstadt stets reagieren - zum Beispiel während der Blockade Berlins und während der Kuba-Krise. Die Berliner benutzen ihre Hände eben nicht nur, um zu klatschen ...

Sebastian Haffner wird auch die Würde des "Jubels" nicht begreifen, mit der der sowjetische Ministerpräsident Nikita S. Chruschtschow am 28. Juni 1963 von unseren Ostberliner Mitbürgern "empfangen" worden ist. Ich selbst habe mir leider nur am Fernsehschirm einen Eindruck von dieser in jeder Hinsicht gekonnten Würde verschaffen können. Sebastian Haffner hatte die Möglichkeit des unmittelbaren Erlebnisses, ohne sie zu nutzen. Er ging eben nicht in den Ostsektor Berlins.

Es war gewiß keine "Stern-Stunde", als Sebastian Haffner seinen Artikel über "Das Land des Jubels" schrieb. Ob es eine Stern-Stunde des "STERN" war, als er diesen Artikel abdruckte, sei dahingestellt. Ich bin überzeugt davon, daß die Leser ihre Meinung längst darüber gebildet haben. Das hat übrigens der Verleger des STERN auch getan ...

AFRIKANISCHES TAGEBUCH (III)

Gute Beziehungen zu Guinea

Von Hans-Jürgen Wischniewski, MdB

Seit der Unabhängigkeit Guineas waren die Beziehungen der Bundesrepublik zu diesem Land noch nie so gut wie heute. In Gesprächen mit dem Präsidenten Sékou Touré sowie seinem Außenminister und seinem Verteidigungsminister habe ich mich davon überzeugen können.

Ostblockeinfluss zurückgegangen

Natürlich gibt es in Conakry noch eine mit weit mehr Personen besetzte Handelsmission der Sowjetzone als die Botschaft der Bundesrepublik zur Verfügung hat. Wer Gelegenheit hatte, dieses Land in regelmäßigen Abständen zu besuchen, der spürt, wie entscheidend der Einfluss dieser Handelsmission zurückgegangen ist. Ähnlich geht es den Botschaften der Ostblockländer trotz der großen Anstrengungen. Insbesondere der Sowjetunion. Die kommunistischen Versuchsfilme von der afrikanischen Brückenkopfbildung in Guinea sind ausgeträumt.

Guinea hat seine Politik "begrädigt"

Trotzdem ist es falsch zu behaupten, Guinea wäre nun in das westliche Lager eingeschwenkt. Solche Behauptungen können sogar für die politische Entwicklung dieses Landes sehr gefährlich sein. Sékou Touré betreibt eine afrikanische Neutralitätspolitik. Zeitweilig ist er dabei erheblich zu weit nach Osten abgekommen. Seit dem Dezember 1961 ist hier eine Begrädigung vorgenommen worden und nicht mehr. Diese Begrädigung der guinesischen Politik ist zurückzuführen auf eigene Erkenntnisse, auf die Enttäuschung über die Hilfe des Ostens, aber auch auf die Versuche der Kommunisten, sich in die inneren Angelegenheiten des Landes einzumischen.

"Berliner Mauer" in Conakry

Die deutsche Botschaft in Conakry hat gerade eine sehr erfolgreich verlaufene deutsche Filmwoche durchgeführt. Die Filmwoche wurde in der von der Sowjetzone erbauten guinesischen Staatsdruckerei Patrice Lumumba durchgeführt. Für die aus der Sowjetzone anwesenden Techniker war es sicher nicht besonders angenehm in den von ihnen erbauten Räumen

Das Deutschlandlied anzuhören und in der Wochenschau die Berliner Mauer zu sehen. Dabei ist es besonders interessant festzustellen, daß es zur Zeit in Guinea im Rahmen unserer Öffentlichkeitsarbeit leichter ist für die deutschen Probleme einzutreten, als in manchen anderen afrikanischen Ländern, insbesondere auch solchen, die an die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft assoziiert sind. Sicher hat hier auch die Arbeit unserer Botschaft in Conakry einen entscheidenden Anteil an dieser für uns so erfolgreichen Situation.

Bundeswehr in Afrika ?

Hier in Guinea habe ich auch die Ergebnisse des Einsatzes der Bundeswehr in diesem Lande studieren können. Es handelt sich in diesem Falle ausschließlich um den für das Land lebensnotwendigen Straßenbau. Die Armee in Guinea wird für die Zukunft in noch stärkerem Maße für den Straßenbau herangezogen werden. Es ist der ausdrückliche Wunsch des Präsidenten Sékou Touré, daß die Armee an den Entwicklungsarbeiten des Landes entscheidend beteiligt ist.

Das Echo in der Bundesrepublik über den Einsatz der Bundeswehr in Guinea hat hier in sehr starkem Maße beunruhigt. Vor allen Dingen hat hier niemand die Geheimhaltungsabsichten der Bundesregierung verstehen können, zumal sich die wenigen Soldaten der Bundeswehr in voller Uniform bewegt haben und sogar Herr Winzer aus Pankow sie zu Gesicht bekommen hat. Nach der Regenzeit sollte dieses Straßenbauprojekt mit Hilfe der Bundeswehr auf alle Fälle fortgesetzt werden. Ein Abbruch der begonnenen Initiativen würde hier völlig mißverstanden werden.

* * *

Im Jahre 1960 standen wir praktisch unmittelbar vor dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen. In diesem Pressedienst habe ich damals vor einer solchen Einstellung gewarnt. Heute sind die Beziehungen außerordentlich gut und Guinea setzt insbesondere große Hoffnungen in die Bundesrepublik. Wir sollten diese Hoffnungen nicht enttäuschen. Guinea wird in der gesamtafrikanischen Politik immer ein entscheidendes Wort mitzureden haben.

+ + +

Vor Änderungen in Norwegens Regierung ?

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rasten

In Norwegen bereiten sich die Parteien für Mitte August auf eine Parlamentsdebatte vor, die das Schicksal der Gerhardsen-Regierung bestimmen kann. Es handelt sich um einen Sturmlauf der vier Parteien rechts von der Sozialdemokratie, die entschlossen sind, die sozialdemokratische Regierung zu Fall zu bringen, um weitere Verstaatlichungen der Wirtschaft zu verhindern. Diese vier Parteien verfügen über 74 Mandate im Storting, das entspricht genau der Zahl der sozialdemokratischen Mandate. Süngelein an der Waage ist die "Sozialistische Volkspartei", die mit ihren zwei Mandaten - falls sie es will - den Mittel- und Rechtsparteien die parlamentarische Hilfe leisten kann, die zum Sturz der Gerhardsens Regierung notwendig ist. Werden die "Volkssozialisten" sich aber dazu entschließen? Das scheint im Augenblick fraglich geworden zu sein. Die letzten Analysen sagen voraus, daß es bei der Abstimmung über einen Mißtrauensantrag bei den 74 Rechtstimmen bleibt, und daß die "Volkssozialisten" sich entweder der Stimme enthalten oder einen eigenen Antrag einbringen werden.

Mit einem Bergwerksunglück begann es

Der äußere Anlaß zu der politischen Spannung in Norwegen ist ein Unglücksfall bei der Kings Bay Kohlenbergbau-Gesellschaft auf Spitzbergen, bei dem im November vorigen Jahres 25 Bergleute ums Leben kamen. Dieser Katastrophe sind in den letzten Jahren mehrere ähnliche Fälle vorausgegangen, die auch Menschenleben gekostet haben. Kings Bay ist ein staatliches Unternehmen. Eine Untersuchungskommission ist zu dem Ergebnis gekommen, daß die verantwortliche Leitung des Unternehmens nicht den erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen Rechnung getragen hat. Der Bericht der Untersuchungskommission erregte selbstverständlich großes Aufsehen. Es kam zu einer hitzigen Zeitungsdebatte, die Opposition machte die Regierung für die Unglücksfälle verantwortlich. Industrieminister Holler, der für die staatlichen Industriebetriebe zuständig war, bat um seine Entlassung. Inzwischen wurde Trygve Lie - der frühere Generalsekretär der Vereinten Nationen - zum neuen Industrieminister ernannt, und inzwischen hat auch die Untersuchungskommission der Kings Bay Gesellschaft einen zweiten Bericht veröffentlicht, in dem wichtige Momente der Kritik der ersten Untersuchungsergebnisse zurückgewiesen wurden. Beides hat zu einer Milderung der politischen Atmosphäre beigetragen. Der Sturm wird aller Wahrscheinlichkeit nach aber nicht ausbleiben.

Schlechte Argumente der Opposition

Für die sozialdemokratische Regierung, die seit 1945 Norwegen steuert, steht selbstverständlich vieles auf dem Spiel - und nicht nur aus allgemeinen politischen Gründen, sondern weil es um wirtschaftspolitische und prinzipielle Grundsatzfragen geht. Norwegen ist ein karges Land, könnte aber bei der Erschließung der Naturreichtümer - vor allem der Wasserkraft - eines der reichsten Länder werden. Die sozialdemokratische Regierung hat vieles geleistet, um wirtschaftliche Aufgaben, die private Unternehmer nicht bewältigen können, zu verwirklichen. Große Industrieanlagen - Kohlenbergbau, Aluminium- und Stahlwerke - wurden vom Staat errichtet und tragen zur Vollbeschäftigung erheblich bei. Das Hauptargument der Oppositionsparteien besteht in der Behauptung, das norwegische Volk habe von Verstaatlichungen genug und nach der Privatisierung der Bergwerke werde es weniger Unfälle geben. Das ist natürlich Unsinn, denn Norwegen steht mit seinen Unfallziffern im Bergbau ziemlich am Ende einer Statistik, in der auch alle privaten Bergwerksbetriebe erfaßt sind.